

Kennzahlen Kanton Basel-Stadt

Beilage 1

in Mio. Franken	2024	2025	2026	Abweichung
	Rechnung	Budget	Budget	B26/B25
Erfolgsrechnung				
Zweckgebundenes Betriebsergebnis	-3'257.6	-3'458.4	-3'546.9	-2.6%
Nicht zweckgebundenes Betriebsergebnis	3'319.0	3'428.5	3'507.8	2.3%
Abschreibungen	-222.6	-234.0	-238.5	-1.9%
Betriebsergebnis	-161.1	-263.9	-277.6	-5.2%
Finanzaufwand	-184.1	-132.2	-130.8	1.1%
Finanzertrag	451.3	380.6	411.8	8.2%
Finanzergebnis	267.3	248.3	281.1	13.2%
Gesamtergebnis	106.2	-15.6	3.5	>100.0%
Investitionsrechnung				
Investitionsausgaben	-435.1	-532.2	-579.7	-8.9%
Investitionseinnahmen	56.2	29.3	34.1	16.1%
Saldo Investitionsrechnung	-378.9	-502.9	-545.6	-8.5%
Kennzahlen				
Finanzierungssaldo	-38.1	-269.6	-287.7	-6.7%
Selbstfinanzierungsgrad	90.0%	46.4%	47.3%	0.9 PP
Nettoschulden	413.8	144.3	-143.4	<-100.0%
Nettoschuldenquote in Promille nominales BIP Schweiz	-0.5‰	-0.2‰	0.2‰	0.3 PP
Volkswirtschaftliche Referenzgrössen				
Wachstum reales Bruttoinlandsprodukt Basel-Stadt	1.3%	1.5%	3.6%	
Teuerung	0.5%	1.5%	0.4%	
Zinssätze langfristig	0.3%	1.2%	0.3%	
Arbeitslosenquote Basel-Stadt	3.8%	-	-	
Bevölkerungswachstum Basel-Stadt	0.7%	0.3%	0.2%	

Bemerkungen

Nachfolgend werden grössere Veränderungen in der Erfolgsrechnung gegenüber dem Budget des Vorjahres erläutert. Der Kanton Basel-Stadt unterscheidet das Betriebsergebnis in ein Zweckgebundenes Betriebsergebnis, ein Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis und Abschreibungen auf Grossinvestitionen und grossen Investitionsbeiträgen im Verwaltungsvermögen. Für die Departemente und Dienststellen ist vor allem das Zweckgebundene Betriebsergebnis relevant, da es die eigentliche Budgetvorgabe darstellt. Im Nichtzweckgebundenen Betriebsergebnis sind z.B. allgemeine Steuererträge und Transferleistungen vom und an den Bund enthalten.

Das **Zweckgebundene Betriebsergebnis** verschlechtert sich gegenüber dem Budget des Vorjahres um 88.5 Mio. Franken. Dies ist vor allem auf die folgenden positiven und negativen Faktoren zurückzuführen:

Entlastungen

- Im Budget 2025 wurden einmalig 34.0 Mio. Franken für die Durchführung des Eurovision Song Contest budgetiert. Diese Ausgaben fallen im Budget 2026 weg.

- Nachdem die «Fussball Women's EURO 2025» durchgeführt wurde, fallen die betreffenden Ausgaben in Höhe von 11.9 Mio. Franken im Budget 2026 nicht mehr an.
- Der Aufwand bei den Prämienverbilligungen nimmt insgesamt im Vergleich zum Budget 2025 um 7.0 Mio. Franken ab. Eine höhere Beteiligung des Bundes (4.8 Mio. Fr.), eine zu hohe Einschätzung des Prämienanstiegs auf 2025 (2.8 Mio. Fr.) sowie tiefere Fallzahlen bei den Bezüglern (1.6 Mio. Fr.) führen zu tieferen Ausgaben, während gegenläufig höhere Kosten für die Abgeltung uneinbringlicher Prämien an die Krankenkassen (-2.0 Mio. Fr.) sowie die Auswirkungen der EL-Reform (-0.2 Mio. Fr.) einen höheren Aufwand zur Folge haben.
- Per Saldo sinkt der Aufwand bei den Ergänzungsleistungen um 3.0 Mio. Franken im Vergleich zum Vorjahresbudget. Eine höhere Beteiligung des Bundes (3.2 Mio. Fr.) sowie Fallabnahmen (2.1 Mio. Fr.) führen zu tieferen Ausgaben, während Preiseffekte aufgrund von höheren Vergütungen pro Bezüglern (-2.3 Mio. Fr.) höhere Ausgaben zur Folge haben.
- Durch die Internalisierung von bisher extern erbrachten Leistungen können bei der IT BS – unter Berücksichtigung der Headcounterhöhung um 16 Stellen – Ausgaben in Höhe von rund 2.9 Mio. Franken eingespart werden.
- Die als Sofortmassnahme bewilligte befristete Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei läuft Ende Februar 2026 aus. Dies führt zu Minderausgaben in Höhe von 2.8 Mio. Franken. Die wegfallende Arbeitsmarktzulage soll durch das «Lohnmassnahmenpaket» ersetzt werden.
- Die bis Ende 2025 befristet bewilligten Mittel in Höhe von 1.7 Mio. Franken für die Anschubfinanzierung von DigiLab-Projekten fallen im Budget 2026 weg.
- Die Kostgelder bei den Basler Gefängnissen können aufgrund von leicht ansteigenden Hafttagen und einem höheren Wachstum im Massnahmenvollzug (teurer als normaler Strafvollzug) um 1.1 Mio. Franken höher budgetiert werden als im Vorjahr.

Belastungen

- Um die Arbeitgeberattraktivität des Arbeitgebers Basel-Stadt zu steigern und für die Ablösung der Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei hat der Regierungsrat den «Ratschlag betreffend Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei» an den Grossen Rat überwiesen. Die Massnahmen führen im Jahr 2026 zu Mehraufwendungen in Höhe von 16.6 Mio. Franken.
- Der neue Leistungsauftrag an die Universität Basel für die Jahre 2026–2029 sieht einen höheren Globalbeitrag von 12.2 Mio. Franken vor.
- Insgesamt wird von einem Anstieg bei der Sozialhilfe in Höhe von 12.0 Mio. Franken ausgegangen. In der Migration (-8.3 Mio. Fr.) werden aufgrund fehlender Unterbringungsplätze mehr Zentren für die Unterbringung genutzt, was insbesondere im Bereich Sicherheit und Betreuung höhere Kosten verursacht. Die tiefere Anzahl an Personen führt ausserdem zu tieferen Bundespauschalen. In der allgemeinen Sozialhilfe (-3.7 Mio. Fr.) entstehen insbesondere im Wohnbereich und bei den Krankenversicherungsprämien Mehrkosten. Auch Tarifierungsanpassungen und der Anstieg von Personen mit erhöhtem Pflegebedarf führen zu höheren Kosten.
- Das Globalbudget Öffentlicher Verkehr steigt um 8.6 Mio. Franken. Insbesondere die Angebotsanpassungen gemäss ÖV-Programm 2026-2028, der Ersatz von Diesel- durch Elektrobusse, den letzten Teil für die Umsetzung des Gegenvorschlags zur kantonalen Volksinitiative «Gratis-ÖV für Kinder und Jugendliche», höhere Aufwendungen für den

Baustellenersatzverkehr sowie eine Zunahme von Fahrten für mobilitätseingeschränkte Personen sind für diesen Anstieg verantwortlich.

- Für die Tagesbetreuung wird im Vergleich zum Budget 2025 mit Mehrausgaben in Höhe von 8.4 Mio. Franken gerechnet. Hauptursache für diese Mehrkosten ist das Massnahmenpaket Kinderbetreuung. Die Belegung ist viel stärker gewachsen als erwartet.
- Die Kantonsbeiträge für stationäre Spitalbehandlungen steigen insbesondere aufgrund von Tarifanpassungen und dem Bevölkerungswachstum um 7.4 Mio. Franken im Vergleich zum Budget 2025.
- Die für das Jahr 2026 relevante Jahresteuern wird auf 0.4% geschätzt. Für den Teuerungsausgleich auf Löhnen und teuerungsberechtigten Staatsbeiträgen wurde deshalb ein Betrag von 7.2 Mio. Franken im Budget 2026 eingestellt.
- Der weitere Anstieg der Anzahl Schülerinnen und Schüler führt zu Mehrkosten von 6.6 Mio. Franken (Anteil Volksschulen 4.9 Mio., Mittelschulen 0.9 Mio. und berufsbildende Schulen 0.8 Mio. Franken).
- Die Umsetzung des vom Grossen Rat verabschiedeten Massnahmenpakets zur Weiterentwicklung der integrativen Schule führt zu einer Zunahme des Personalaufwands um 5.9 Mio. Franken.
- Die Ausgaben für Ergänzungsleistungen in Pflegeheimen werden im Vergleich zum Budget 2025 um 5.7 Mio. Franken höher erwartet. Die Erhöhung ist insbesondere auf die Erneuerung des Pflegeheim-Rahmenvertrags für die Jahre 2026 bis 2029, die eine Erhöhung der Tarife insbesondere im Bereich der Pensions- und Betreuungskosten vorsieht, zurückzuführen. Da die Kosten im Jahr 2024 höher ausfielen als budgetiert, musste auch die Basis für die Berechnung der Aufwendungen 2026 nach oben korrigiert werden.
- Nach Abschluss des IT Programms INFRA21+ fallen im Jahr 2026 die vollen Betriebskosten für die neue Infrastruktur in Höhe von 5.5 Mio. Franken an.
- Die Umsetzung des vom Grossen Rat verabschiedeten Ratschlags «Kantonale Volksinitiative +1% gegen globale Armut» führt im Jahr 2026 zu Mehraufwendungen von 5.0 Mio. Franken.
- Insbesondere Teuerungsanpassungen sind für die höheren Ausgaben von 4.0 Mio. Franken im Vergleich zum Vorjahresbudget bei der Behindertenhilfe verantwortlich.
- Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat mit dem Ratschlag «Gemeinwirtschaftliche Leistungen (GWL) an die Basler Spitäler 2026 bis 2029» eine Rahmenausgabenbewilligung mit jährlichen Mehrkosten in Höhe von 2.8 Mio. Franken pro Jahr. Da zwei Leistungen nicht mehr über die GWL geführt werden sollen, aber weiterhin über die ordentlichen Departementsbudgets (JSD und FD) bezahlt werden, betragen die effektiven Mehrkosten für Basel-Stadt 3.9 Mio. Franken.
- Die Mehraufwendungen bei den Tagesstrukturen in Höhe von 3.6 Mio. Franken sind grösstenteils auf den weiteren Ausbau zurückzuführen. Höhere Kosten für Aus- und Weiterbildungen sowie höhere Verpflegungskosten tragen ebenfalls zum Anstieg der Ausgaben bei.
- Das UKBB befindet sich in einer schwierigen finanziellen Lage. Aus diesem Grund planen die Trägerkantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt die finanzielle Unterdeckung im spitalambulanten Bereich im Rahmen der GWL für die nächste Beitragsperiode um jährlich je 3.4 Mio. Franken zu erhöhen.
- Das Globalbudget 2026 des Kunstmuseums wurde insbesondere aufgrund von höheren Aufwendungen im Bereich Aufsicht und Sicherheit, für die Reorganisation im Bereich

Finanzen und Betrieb, für Sammlungspräsentationen und Ausstellungen, für den Unterhalt sowie um den stark gestiegenen Kosten im internationalen Ausstellungswesen Rechnung zu tragen insgesamt um 2.8 Mio. Franken erhöht.

- In der Jugendhilfe orientiert sich das Budget 2026 am Rechnungsabschluss 2024. Zusätzlich erhöhen sich die Ausgaben aufgrund der demographischen Entwicklung und der Teuerung. Insgesamt wird mit Mehrausgaben im Budget 2026 von 2.5 Mio. Franken im Vergleich zum Vorjahr gerechnet.
- Für die Umsetzung des Verfassungsartikels Pflege wurde das Budget 2026 insgesamt um 2.4 Mio. Franken erhöht.
- Aufgrund von höheren Unterhalts- und Planungsaufwendungen wird mit höheren Ausgaben von 2.4 Mio. Franken bei den Liegenschaften im Verwaltungsvermögen gerechnet.
- Für die Erneuerung des IT-Netzwerks des JSD werden Ausgaben in Höhe von 1.9 Mio. Franken ins Budget 2026 eingestellt.
- Im Rahmen der Neugestaltung der kantonalen Informatik (Projekt Pharos) sind organisatorische Anpassungen bei der Leistungserbringerin IT BS erforderlich. Dazu gehört eine gesamtkantonale Steuerung der IT-Vorhaben und eine Zentralisierung der IT-Basisleistungen. Für das Projekt sind im Budget 2026 1.8 Mio. Franken eingestellt.
- Steigende Pflegekosten in Pflegeheimen (Restfinanzierung) aufgrund der Erneuerung des Pflegeheim-Rahmenvertrages per 2026 und der in diesem Rahmen geplanten Tarifmassnahmen führen im Vergleich zum Budget 2025 zu Mehraufwendungen von 1.6 Mio. Franken.
- Die Gerichte planen eine Verselbständigung der IT und eine Loslösung von IT BS. Für das Projekt haben die Gerichte 1.6 Mio. Franken im Budget 2026 eingestellt.
- Für die Stärkung und Weiterentwicklung des Betriebs der IT BS sind bei den Services Identity and Access-Management, M365, zentrale Geschäftsverwaltung, kantonale Datenplattform, sowie der Bewirtschaftung der IT-Assets acht zusätzliche Stellen geplant. Dies führt zu Mehraufwendungen in Höhe von 1.4 Mio. Franken im Budget 2026.
- Für den Aufbau einer zentralen System-Monitoring-Lösung für die Überwachung der IT-Infrastruktur und der darauf aufbauenden IKT-Basisleistungen wurde das Budget 2026 um 1.4 Mio. Franken erhöht.
- Die Aufwendungen für Debitorenverluste und Umwandlung von Bussen bei der Staatsanwaltschaft wurden im Vergleich zum Vorjahr um 1.3 Mio. Franken höher budgetiert.
- Die Gerichte haben für das Jahr 2026 insgesamt 11.4 neue Stellen mit Kosten in Höhe von 1.2 Mio. Franken gemeldet.

Das **Nichtzweckgebundene Betriebsergebnis** verbessert sich gegenüber dem Vorjahresbudget um 79.3 Mio. Franken. Dabei sind folgende Faktoren erwähnenswert:

Entlastungen:

- Für das Budget 2026 werden die Einnahmen aus der Ergänzungssteuer (Anteil Basel-Stadt) auf 400.0 Mio. Franken geschätzt. Dies entspricht einem Anstieg von 100.0 Mio. Franken im Vergleich zum Budget 2025. Es ist darauf hinzuweisen, dass diese Steuereinnahmen mit einer grossen Unsicherheit behaftet sind.
- Aufgrund des hohen Rechnungswertes 2024 und der erwarteten Steuereinnahmen der juristischen Personen wird der Anteil an der direkten Bundessteuer um 50.8 Mio. Franken höher budgetiert als im Vorjahr.
- Die Einkommenssteuern werden aufgrund der Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung um 14.2 Mio. Franken höher erwartet. Das Budget der Vermögenssteuer wurde als Folge

des Rechnungsergebnisses 2024 um 21.0 Mio. Franken höher budgetiert. Schliesslich wird bei den Quellensteuern eine leichte Erhöhung der Einnahmen um 1.7 Mio. Franken erwartet.

- Die erwartete Wirtschaftsentwicklung führt zu einer Erhöhung der Gewinnsteuern um 20.5 Mio. Franken.
- Der Kanton Basel-Stadt muss im Jahr 2025 einen um 9.9 Mio. Franken tieferen Beitrag an den NFA leisten. Die Abnahme ist darauf zurückzuführen, dass mit dem Jahr 2019 ein starkes Bemessungsjahr aus den Berechnungsgrundlagen wegfällt und andere Geberkantone (u.a. der Kanton Genf) einen relativ starken Anstieg ihres Ressourcenausgleichs verzeichnen. Im langjährigen Vergleich ist der Ressourcenindex weiterhin hoch und in den Folgejahren wird wieder mit einem deutlichen Anstieg der Zahlungen von Basel-Stadt gerechnet.
- Der Regierungsrat legt die Abgeltung der Staatsgarantie der Basler Kantonalbank (BKB) jeweils für vier Jahre fest. Die Höhe dieser Abgeltung wird mit dem sogenannten Kostenvorteilsmodell ermittelt. Der Regierungsrat hat die Abgeltung für die Jahre 2025 bis 2028 auf jährlich 15.2 Mio. Franken festgelegt. Gegenüber der Periode 2021 bis 2024 steigt die jährliche Abgeltung der BKB um 5 Mio. Franken. Grund dafür ist die höhere Bilanzsumme der BKB.
- Der erwartete Betrag aus dem Soziodemographischen Lastenausgleich wird um 4.1 Mio. Franken höher erwartet als im Budget 2025. Die Zahlungen hängen von den Sonderlasten der Bevölkerungsstruktur und der Kernstädte ab. Diese sind für Basel-Stadt im interkantonalen Vergleich leicht gestiegen.
- Die Einnahmen bei den übrigen direkten Steuern hängen stark von einzelnen bedeutenden Fällen ab. Bei diesen Steuerarten wird das Budget mittels der durchschnittlichen Erträge der letzten Jahre geschätzt. Im Vergleich zum Vorjahr führt dieses Vorgehen zu einer leichten Erhöhung der Einnahmen in Höhe von 1.7 Mio. Franken.

Belastungen:

- Das Basler Standortpaket umfasst Fördermassnahmen in den Bereichen Innovation, Gesellschaft und Umwelt, die aus zwei neuen Fonds finanziert werden. Die Fonds sind mit jährlich mindestens 150.0 Mio. Franken und maximal 500.0 Mio. Franken zu öffnen. Für 2026 ist eine Öffnung im Umfang von 400.0 Mio. Franken vorgesehen. Im Jahr 2025 wurde eine Öffnung von 300.0 Mio. Franken budgetiert.
- Die Einnahmen aus der Kapitalsteuer werden insbesondere aufgrund des Rechnungswerts 2024 um 28.4 Mio. Franken tiefer budgetiert als im Budget 2025.
- Im Jahr 2025 hat der Kanton eine einmalige Zuweisung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) aus dem Gegenwert der Rücknahme der 6. Banknotenserie erhalten. Der hierfür im Jahr 2025 budgetierte Betrag in Höhe von 10.0 Mio. Franken entfällt im Budget 2026.
- Die Debitorenverluste der Steuerverwaltung wurden an den Rechnungswert 2024 angepasst (-7.5 Mio. Fr.).
- Aufgrund der geplanten Revision des Finanzausgleiches mit den Gemeinden Riehen und Bettingen wird das Budget 2026 um 3.0 Mio. Franken erhöht.

Die **Abschreibungen** werden im Vergleich zum Vorjahresbudget um 4.5 Mio. Franken tiefer budgetiert.

Das **Finanzergebnis** fällt im Vergleich zum letztjährigen Budget um 32.8 Mio. Franken besser aus.

Entlastungen

- Die Gewinnablieferung der Basler Kantonalbank (BKB) wird um 19.0 Mio. Franken höher budgetiert.
- Die Aufwertungen der Anlagen des Finanzvermögens aufgrund der Neubewertungen werden um rund 18.5 Mio. Franken höher geschätzt als im Budget 2025, da aufgrund der Bewertungslogik höhere werterhaltende Investitionen zu höheren Bewertungsgewinnen führen sollten. Auch die werterhaltenden Massnahmen liegen höher als im Vorjahresbudget.
- Es wird mit einem sinkendem Zinsaufwand von 5.0 Mio. Franken für die Schulden gerechnet. Die Zinsen sind gegenüber den letztjährigen Erwartungen gesunken.

Belastungen

- Es wird mit sinkenden Zinserträgen in den Bereichen Kontokorrente und variabel verzinsten Darlehen in Höhe von 4.0 Mio. Franken gerechnet.
- Der Finanzertrag der Liegenschaften im Finanzvermögen wird aufgrund von Ertragsminderungen aus laufenden Mietzinsanpassungen (u.a. Senkung Referenzzinssatz) um 3.4 Mio. Franken unter dem Vorjahresbudget erwartet.
- Die Zinserträge und -aufwendungen im Bereich Steuern wurden an die Rechnungswerte 2024 angepasst. Insgesamt führt dies zu einer Verschlechterung von 1.2 Mio. Franken.